

Seite: R7

Ausgabe: Süddeutsche Zeitung Ausgabe Starnberg

Ressort: Starnberg

Warten auf die Nachzügler

Anerkannte Asylbewerber können ihre Familien nachkommen lassen - noch ist unklar, wer sich um sie kümmern soll

Starnberg - Die ersten beiden Großfamilien anerkannter Asylbewerber sind bereits eingetroffen, die nächsten werden erwartet. Noch scheinen es Einzelfälle zu sein. Doch in Wahrheit ist es nur der Anfang, das zeigt allein die Statistik: Im vergangenen Jahr sind etwa 60 Flüchtlinge anerkannt worden. Heuer sind allein im ersten Quartal fast 70 akzeptiert worden. Sie alle haben nun das Recht, ihre Familie nach Deutschland zu holen, sofern sie einen Ehepartner und Kinder haben. Minderjährige dürfen ihre Eltern einfliegen lassen. Früher mussten Ausländer zuerst nachweisen, dass sie Geld verdienen und eine entsprechend große Wohnung haben, um ihre Familie unterzubringen. Doch seit einigen Jahren gibt es diese Nachweispflicht nicht mehr, wenn man innerhalb von drei Monaten nach der Anerkennung, einen entsprechenden Antrag stellt.

Die meisten Asylbewerber lassen die Frist nicht ungenutzt verstreichen, weiß der Leiter der Starnberger Ausländerbehörde, Thomas Brechtel. Wie viele Flüchtlinge im Fünfseenland ihre Familien so schnell wie möglich zu sich holen wollen, könne er trotzdem nicht sagen. Denn es gibt verschiedene Wege, den Antrag zu stellen, man muss nicht erst in den Fluren einer Behörde Schlange stehen, man kann auch ganz bequem online ein Formular ausfüllen oder seinen Willen per Fax bekunden. Das Amt in Starnberg wird über die Zahl der Interessenten nicht informiert. Denn die Entscheidung trifft das Bundesamt für Migration- und Flüchtlingsfragen.

Trotzdem weiß Stefan Derpa, Amtsleiter für Sicherheit und Ordnung in Starnberg, dass allein in Starnberg im Mai bis zu 20 Anträge auf Familiennachzug gestellt wurden. Insgesamt rechne man damit, dass jeder Syrer zwei Personen nach Deutschland hole, sagt er. Momentan leben 1947 Asylbewerber im Landkreis. Die meisten (800) kommen aus

Afghanistan und haben nur eine 50-prozentige Chance, als Flüchtlinge anerkannt zu werden. Aber es gibt auch 200 Syrer, knapp 150 Eritreer und 170 Iraker, die vermutlich bleiben werden. Andere wie die Menschen aus dem West-Balkan, Ghana und dem Senegal werden wohl zurück müssen, denn sie kommen aus "sicheren Drittländern". Die Verfahrensdauer ist sehr unterschiedlich, sagen Brechtel und Derpa. Manch einer muss zwei Jahre warten, bevor er sein Schicksal erläutern kann. Und die Verfolgungsgeschichte, die er erzählt, ist Grundlage des Verfahrens. In Einzelfällen kann es sich sogar bis zu sieben Jahre hinziehen, bis eine Entscheidung getroffen ist. Andere bekommen schon nach wenigen Wochen einen Termin zur Anhörung. Die Unterschiede lassen sich dadurch erklären, dass das Bundesamt im vergangenen Jahr das Personal deutlich aufgestockt hat und sowohl Altfälle als auch Neuankömmlinge parallel behandelt.

Wer glaubt, dass mit dem Antrag auf Familiennachzug das Flugticket praktisch mitgebucht ist, der irrt. Auch dieses Verfahren dauert in der Regel Monate. Denn erst muss geprüft werden, dass nicht irgendwer als Ehefrau oder Kind einreist. Und einen entsprechenden Termin in der Botschaft oder dem Generalkonsulat zu bekommen, um sich der Prüfung zu unterziehen, ist nicht einfach. "Im Generalkonsulat im Irak ist der nächste Termin erst wieder 2019 frei", weiß Brechtel.

Trotzdem bleibt im Fünfseenland das Problem, dass es praktisch keinen bezahlbaren Wohnraum gibt: für Einheimische nicht, aber auch nicht für anerkannte Flüchtlinge oder gar ihre Familien. Etwa 140 sogenannte Fehlbeleger leben deshalb noch in Containern oder Unterkünften, die für Asylbewerber vorgesehen sind, deren Verfahren noch läuft. Eine Regelung, wer sich um die nachziehenden Familien kümmern muss, gibt es ebenfalls nicht. Im Land-

ratsamt wartet man sehnsüchtig auf die DV Asyl, die Durchführungsverordnung des Landes, in der die Zuständigkeit geregelt werden soll. Im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen hat man sich schon mit den Gemeinden geeinigt. Sie zahlen. Im Fünfseenland stellen sich die Kommunen aber quer: Herrsching etwa verweist auf die Aussage von Innenminister Joachim Herrmann und auf den Gemeindetag. Demnach sind die Gemeinden nicht zuständig. Trotzdem hofft man im Landratsamt noch, eine Lösung zu finden. "Wir haben viel für die Gemeinden gemacht", so Derpa. "Wir haben die Container gebaut. Jetzt hoffen wir, dass die Kommunen Miete zahlen." Allerdings gibt es auch einen Grund, weshalb sich die Gemeinden zieren. Der Bund kommt zwar laut Integrationsgesetz für die Unterkunft der Flüchtlinge auf, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, aber nur in Höhe der ortstüblichen Mieten. Im Fünfseenland sind das laut Derpa etwas mehr als zehn Euro. Die Miete des Landkreises beträgt allerdings fast das Doppelte. Die Differenz müsste also die Gemeinde aus ihrer Kasse zahlen.

In den Containern ist laut Landratsamtsprecher Stefan Diebl noch "Luft" für Familien. In Berg, Pöcking, voraussichtlich auch in Percha und in einer weiteren Gemeinde werden noch Container aufgestellt. Außerdem wird es in Gilching in der Straßenmeisterei eine Unterkunft geben, sagt Diebl. Allerdings ist offen, wie viel "Luft" tatsächlich ist, wenn die Zeltstädte erst aufgelöst sind. Außerdem ist noch unklar, ob nicht vielleicht demnächst wieder mehr Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Seit dem Stopp im März reisen momentan nur vereinzelt Asylbewerber ein.

CHRISTIANE BRACHT

"Im Generalkonsulat im Irak ist der nächste Termin erst wieder 2019 frei."



Der Leiter der Ausländerbehörde im Landratsamt Starnberg: Thomas Brechtel. Foto: Ulfers

Urheberinformation: DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten - Süddeutsche Zeitung GmbH, München

© PMG Presse-Monitor GmbH